

Gute Staatsführungen braucht die Welt, nicht TPP, TTIP und TISA

Stellungnahme des International Federation of Social Workers IFSW vom 27. August 2015

Die US geführten globalen Handelsabkommen TPP, TTIP und TISA*, die von vielen Ländern geheim verhandelt werden, bedrohen die Grundlagen von Demokratie, Lebensstandard und Wohlbefinden aller Völker. Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter von spezieller Bedeutung ist, dass die Abkommen direkt die Rechte von Menschen tangieren, die auf Unterstützung und Betreuung durch Soziale Dienste angewiesen sind.

Die angestrebten Handelsabkommen zielen darauf ab, neue Muster für alle künftigen Handelsregeln zu etablieren. Sie verschieben die Macht von gewählten Regierungen zu profitorientierten Firmen. Die Verhandlungen wurden der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht, sondern von Wikileaks enthüllt.

Diese Strategie untergräbt wirksam alle demokratischen Strukturen, da sie Firmen in die Lage versetzt, internationale Standards zu setzen für Nahrungsmittel, Medikamente, Wohlfahrt und öffentliche Dienstleistungen. Die Abkommen, sollten sie ratifiziert werden, werden ebenfalls ermöglichen, Löhne und Arbeitsbedingungen im Hinblick auf maximale Profite festzulegen. Noch schlimmer ist, dass die Abkommen Firmen ermächtigen sollen, Regierungen einzuklagen über alles, was aus ihrer Sicht Investitionen und Gewinne beeinträchtigt.

Es bestehen bereits einige Handelsabkommen, die Firmen erlauben, solche Schritte zu unternehmen. Zum Beispiel verklagt die schwedische Firma Vattenfall die deutsche Regierung auf 3.7 Milliarden Dollars, weil diese in der Folge von Fukushima und einer langen Kampagne von Umweltschützern den Atomausstieg beschloss. Der Tabakgigant Philip Morris verklagte die australische Regierung, weil sie die Tabakwerbung einschränkte, die französische Firma Veolia den ägyptischen Staat, weil er die Mindestlöhne anheb.

Die Abkommen streben Verfahren an, in denen Firmen legal gegen Regierungen vorgehen können im Rahmen von privaten Schiedsgerichten, die von den Firmen selbst bestimmt sind und nicht durch die Öffentlichkeit beobachtet oder geprüft werden können. Alle bezahlten Summen werden aus Steuergeldern bestritten, die dann nicht für öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stehen.

Sollten die vorgeschlagenen Handelsabkommen ratifiziert werden, wird dieses Vorgehen weltweit üblich. Es wird die Menschenrechte, die Umwelt und den Lebensstandard von 99% der Weltbevölkerung einschneidend beeinträchtigen. Diese Abkommen sind eine direkte Gefahr für öffentliche Dienstleistungen, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie soziale Sicherungssysteme, da es ihr Ziel ist, öffentliche Dienstleistungen zu liberalisieren und sie profitorientierten Firmen zu übergeben, die Qualität und Quantität der Angebote hinunterfahren werden.

Die Internationale Vereinigung der Sozialarbeiter IFSW hält fest, dass die Welt gute Staatsführungen benötigt, die auf Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit beruhen und nicht auf Handelsabkommen, die Gewinne über Menschen, deren Wohlbefinden und die Ressourcen unseres Planeten stellen. Um eine umweltverträgliche und friedliche Welt zu erreichen, muss der internationale Handel auf Prinzipien gründen wie Menschenrechte, faire Preisbildung, gerechte internationale Arbeitsstandards, verstärkte soziale Verantwortung von Firmen, Aufbau der Leistungsfähigkeit von Entwicklungsländern, vereinbarte Formen des Dialogs, mit denen Abmachungen zu Angebot und Nachfrage untermauert werden. Damit alle Parteien mitmachen und an den Erträgen teilhaben können.

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in vielen Ländern setzen sich ein gegen die vorgeschlagenen Abkommen. Sie sind beteiligt an Protesten, fordern, dass Regierungen die Verhandlungen veröffentlichen. IFSW unterstützt ihre Bestrebungen und arbeitet auf neue globale Führungsmassnahmen hin, die Menschen und Umwelt vor die Interessen von profitorientierten Firmen stellen.

Als Praktikerinnen und Praktiker vor Ort mit jahrzehntelanger Erfahrung in allen Teilen der Welt wissen Sozialarbeiter, dass Menschen einbezogen werden müssen in Entscheidungen, die sie selbst betreffen. Und wir alle wissen: Wenn Demokratie funktionieren soll, ist volle Transparenz notwendig und Menschen müssen beteiligt sein an sinnvollen Diskussionen, die ihre Zukunft beeinflussen.

***TPP** (Trans Pacific Partnership), Transpazifische Partnerschaft: Freihandelsabkommen, ursprünglich zwischen den Ländern Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur. Seit 2010 laufen Verhandlungen zur Erweiterung zwischen USA, Australien, Brunei, Chile, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Malaysia, Mexico, Kanada und Japan kamen später dazu.

***TTIP** (Trans Atlantic Trade and Investment Partnership), aktuell verhandeltes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der EU und den USA.

***TISA** (Trade in Services Agreement), Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen: TISA wird verhandelt zwischen der EU, USA, Kanada, Mexiko, Japan, Chile, Taiwan, Costa Rica, Hong Kong, China, Island, Israel, Kolumbien, der Koreanischen Republik, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Schweiz und der Türkei.

übersetzt aus dem Englischen-Original:

<http://ifsw.org/news/the-world-needs-good-global-governance-not-tpp-ttip-and-tisa/>